

LANDTAG DES SAARLANDES

(16. Wahlperiode)

Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien

2. Sitzung

Datum: Donnerstag, 29. Juni 2017 (Raum 5)

Beginn: 09.34 Uhr

Ende: 12.18 Uhr

Den Vorsitz führt der Abgeordnete **W a g n e r** (CDU).

Protokoll: Mayer/Buisset/Dummin/Lei/Gi

Tagesordnung:

1.1.	Anhörung des Intendanten des Saarländischen Rundfunks zur geplanten Streichung des Halberg Open Air sowie zu den geplanten Kürzungen bei der Deutschen Radio Philharmonie und möglichen Alternativen - Ausschussbeschluss vom 08.06.2017.....	1
1.2.	Bericht der Landesregierung zu der Thematik - Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion.....	18
2.1.	Anhörung der Festivalleitung und der Stiftung für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit zum Programm des neuen Kulturfestivals „Colors of Pop“ - Ausschussbeschluss vom 08.06.2017.....	20
2.2.	Bericht der Landesregierung zu der Thematik - Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion.....	24
3.	Bericht der Landesregierung über den Stand der Inklusion an den Schulen im Saarland, die entsprechende Personalisierung mit Förderschullehrerinnen und -lehrern sowie die dafür nötigen finanziellen Mittel, die weiteren Planungen der Landesregierung in diesem Bereich und die Kritik von Lehrerverbänden - Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion.....	25
4.	Bericht der Landesregierung über den geplanten weiteren Ausbau gebundener Ganztagschulen im Land, den aktuellen Stand und den weiteren Zeitplan - Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion.....	31
5.	Bericht der Landesregierung zum Erlass zur Leistungsbewertung in den Schulen des Saarlandes - Antrag der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion.....	33
6.	Terminplanung 2. Halbjahr 2017.....	38
7.	Verschiedenes.....	38

- - - - -

Zu Punkt 1.1. der Tagesordnung:

Anhörung des Intendanten des Saarländischen Rundfunks zur geplanten Streichung des Halberg Open Air sowie zu den geplanten Kürzungen bei der Deutschen Radio Philharmonie und möglichen Alternativen
- Ausschussbeschluss vom 08.06.2017

Vorsitzender: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße Sie zu unserer zweiten Ausschusssitzung und insbesondere den Intendan-

ten des Saarländischen Rundfunks. Herzlich Willkommen, Herr Professor Kleist und auch die Mitarbeiter des SR. Wir hatten in der ersten Ausschusssitzung beschlossen, heute eine Anhörung zur geplanten Streichung des Halberg Open Airs sowie zu den geplanten Kürzungen bei der Deutschen Radio Philharmonie und möglichen Alternativen durchzuführen. Wir freuen uns auf Ihre Ausführungen und können anschließend in die Fragerunde einsteigen.

Herr Prof. Kleist (Intendant des Saarländischen Rundfunks) trägt folgenden Bericht vor: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten des Landtages des Saarlandes. Ich werde heute Morgen von Frau Stephanie Weber, Verwaltungs- und Betriebsdirektorin, begleitet und von Frau Armgard Müller-Adams. Sie ist die Leiterin der Intendanz.

Erläuterungen zum Halberg Open Air und zur Deutschen Radio Philharmonie (DRP) muss ich in einen Gesamtzusammenhang stellen, weil sie auch nur so verständlich werden. Der Saarländische Rundfunk ist derzeit unverschuldet und auch durchaus unerwartet in eine finanziell schwierige Situation geraten. Wir haben zum einen auf dem Verhandlungsweg innerhalb der ARD einen sehr erfolgreichen Finanzausgleich erstritten. Zum Zweiten hat die saarländische Landesregierung, ihr folgend auch das Parlament, den Finanzausgleich nach Beschluss der Ministerpräsidenten Ende 1999 degressiv von ursprünglich 1,9 Prozent auf 1,0 Prozent bis zum Jahr 2006 abgeschmolzen. Der Finanzausgleich wurde dann durch den Gesetzgeber angepasst und wieder auf 1,6 Prozent erhöht. Diese Regelung greift ab dem 01.01.2017 und hat uns in die Lage versetzt, wie ich es gerne formuliere, dass unser bis dahin aufgestautes strukturelles Defizit behoben wurde und wir den Saarländischen Rundfunk in der bis dahin geschaffenen Struktur perpetuieren konnten. Das war unsere Ausgangssituation für das Jahr 2017.

Jetzt kamen noch zwei weitere Ereignisse hinzu. Das ist zum einen die Tatsache, dass der Gesetzgeber im Jahre 2013 nach jahrelanger Vorbereitung einen Systemwechsel vorgenommen hatte von der Rundfunkgebühr, die gerätebezogen war, auf den Rundfunkbeitrag, der haushalts-, also wohnungsbezogen war, und für die Wirtschaft neue Parameter festsetzte. Man wusste damals nicht genau, wie sich das letztlich auf das Beitragsaufkommen auswirken würde und hat versucht, in etwa 1 zu 1 abzubilden, was bislang im System an Rundfunkerträgen neutral enthalten war. In Summe, das heißt für den gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, hat sich herausgestellt, dass mehr Geld in die Kasse gekommen ist. Demzufolge gab es ja auch Diskussionen über eine Beitragsabsenkung, die man einmal vorgenommen hatte, von 17,98 Euro auf 17,50 Euro. Später wurde dann noch einmal überlegt, ihn nochmals nach unten anzupassen. Das war die Gesamtsituation.

Sie müssen wissen, dass es für die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks - das ist nun mal so, für uns nicht günstig, aber nur durch den Gesetzgeber abänderbar - keine anstandsindividuelle Betrachtung gibt. Für die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, die ja den Bedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks errechnet, zählt nur die ARD in Summe, sodass wir folgende Situation vorfanden: Es war in Summe ausreichend Geld im System, aber bei uns im Saarland entstand eine

spezifische Situation, die dazu geführt hat, dass im Saarländischen Rundfunk die Beitragseinnahmen rund 3 Millionen Euro geringer ausgefallen sind, als uns von dem Beitragsservice, wie er heute heißt, früher GEZ, prognostiziert wurde. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit haben wir jetzt in etwa eine Größenordnung erreicht, die sich so perpetuieren wird, aber genau können wir das heute noch nicht sagen.

Dies ist deshalb ein Problem, weil unter anderem auf Basis dieser Prognosen der Finanzausgleich errechnet wird, sodass die Beitragsmindereinnahmen aus dem Saarland, also das tatsächliche Beitragsaufkommen aus dem Saarland, geringer ist als prognostiziert. Das ist der Punkt 2.

Punkt 3: Wir sind derzeit in einer - warum auch immer - heftigen Diskussion über die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die von der Länderpolitik angestoßen wurde. Sie hat dazu geführt, dass die Länder schon heute bis zur nächsten Beitragsperiode, das wird die Periode ab dem Jahr 2021 bis 2024 sein, heftig diskutieren, ob denn die Beiträge im Jahre 2021 steigen oder nicht. Die jetzige Beitragsperiode hat gerade begonnen. Das ist der Zeitraum 2017 bis 2020, also immer im Vier-Jahres-Rhythmus.

Sie müssen wissen - vor diesem Hintergrund und wie eben ausgeführt -, dass die Kasse im System voll ist. Bei uns gibt es eine Sondersituation, da seit 2009 die Beiträge unverändert blieben und einmal sogar abgesenkt wurden. Steffi Weber hat mir gerade interessante Zahlen gegeben. Im Saarland lag im Jahr 2006 das Beitragsaufkommen bei 65,1 Millionen Euro, im Jahr 2017 wird es voraussichtlich bei 65,5 Millionen Euro liegen. Sie sehen eine Stagnation über 10 Jahre bei medienpezifisch sogar höheren Steigungen als beim normalen Verbraucherpreisindex. Das heißt, dass unsere Sach- und Programmkosten steigen. Die Beiträge sind gleichbleibend. Da muss man nicht BWL studiert haben, um zu erkennen, dass man dann ein Problem bekommt.

Dazu kommt jetzt noch, und das war eben der dritte Punkt, den ich erwähnen wollte, dass es in der Politik durchaus veritable Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gibt, die unsrige gehört Gott sei Dank nicht dazu, die sagen, auch 2021 dürfe der Beitrag nicht steigen. Dies würde die Situation für den Saarländischen Rundfunk zusätzlich verschärfen, weil dann eine weitergehende Stagnation auf der Einnahmeseite zu prognostizieren wäre.

Dies alles zusammen hat mich dazu veranlasst, nach den Grundregeln des vorsichtigen Kaufmannes zu handeln, und zwar unverzüglich zu handeln, weil es eine Schere zwischen der Einnahmeseite und dem Aufwand gibt. Der Aufwand steigt, die Einnahmen bleiben gleich, also geht die Schere immer weiter auseinander. Man könnte auch zuwarten und hoffen. So könnte man auch arbeiten. Das nennt man dann auf Sicht fahren. Das würde aber dazu führen, dass sich das strukturelle Defizit ohne oder nur mit geringer Beitragserhöhung von Jahr zu Jahr erhöhen und etwa bis zum Jahre 2020 eine Dimension erreichen würde, mit der der Saarländische Rundfunk ein echtes existenzielles Problem hätte.

Als vorsichtiger Kaufmann muss man entgegenwirken. Da ich die Einnahmen nicht beliebig erhöhen kann, das ist Sache der Politik, kann ich also nur an der Aufwandsseite etwas tun. Demzufolge haben wir dann im Frühjahr nach einer zweitägigen Klausur einen 10-Punkte-Plan beschlossen, um den Aufwand zu reduzieren, um damit dann auch dem Saarländischen Rundfunk eine Chance zu geben oder - anders gesagt -, um sehr früh der Situation des Auseinanderlaufens von Aufwand und Ertrag entgegenzuwirken.

So kam das 10-Punkte-Papier zustande. Sie müssen sich vorstellen, der Saarländische Rundfunk musste in den letzten zehn, fünfzehn Jahren immer abbauen. Herr Vorsitzender, wir haben für Sie und für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag ein Diagramm ausgearbeitet. Es ist für die weitere Diskussion wichtig. Wenn ich darf, lasse ich das Papier an die Kolleginnen und Kollegen austeilen. Man kann hier nachvollziehen, wie die Situation des Saarländischen Rundfunks ist und erkennen, dass im Saarland durchaus eine Sondersituation gegeben ist. Wenn ausgeteilt ist, würde ich ganz gerne kurz noch diese Ertrags- und Aufwandskurven, die wir Ihnen vorbereitet haben, erläutern.

(Den Abgeordneten wird die entsprechende Unterlage ausgehändigt.)

Nach jahrelangem Abbau haben wir Acht geben müssen, dass möglichst alle Gewerke hausintern einen Solidarbeitrag zum Sparen beitragen. Wir haben also nicht nach der Rasenmäher-Methode, das kennen Sie ja aus der parlamentarischen Arbeit, nicht mit einer globalen Minderausgabe gearbeitet. Das wäre für den Intendanten die weitaus elegantere und schickere Lösung gewesen, aber dem Sender gegenüber unverantwortlich. Deshalb haben wir hausintern eine sehr intensive Diskussion geführt und haben sozusagen alle Gewerke einbezogen. Wir haben erst damit begonnen - nach dem Motto, das ich ausgegeben habe: Stärkung der Werkbänke und Abschmelzen der Hierarchien -, Verwaltungseinheiten zusammenzulegen und Prozesse zu optimieren. Wir haben im Verwaltungsbereich sehr vieles getan. Das war der Punkt 1.

Aber damit war es nicht genug und konnte es nicht genug sein, weil ja auch schon über fünfzehn Jahre hin abgeschmolzen wurde. Deshalb mussten wir dann auch programmlich etwas tun. Ich wiederhole: Wir mussten programmlich etwas tun. Das Halberg Open Air ist keine „programmliche Situation“, sondern ein Event. Es ist ein Event mit durchaus Symbolwirkung im Saarland - dessen waren wir uns bewusst -, das auf einen Schlag an einen Nachmittag rund 400.000 Euro verschlungen hat. Dabei waren von den 405.000 Euro, die wir errechnet haben, rund 55.000 Euro für die Künstler, die wir durch Sponsoring refinanziert haben. Das kann man ja hier offen sagen. Es blieben dann 350.000 Euro. Bei den 350.000 Euro haben wir rund 175.000 Euro direkte Kosten, also die Kosten für die Bühne, für alles das, was wir direkt ausgeben, aber auch etwa nochmal 175.000 Euro indirekte Kosten.

Ich möchte auf das Halberg Open Air nun etwas näher eingehen, das interessiert Sie ja besonders. Man muss wissen, dass der Saarländische Rundfunk nur beim Halberg

Open Air selbst Veranstalter ist. Wir sind normalerweise nicht Veranstalter. Es ist sogar die Frage, wie weit wir überhaupt als Veranstalter fungieren dürfen. Dennoch haben wir dieses traditionsreiche Halberg Open Air in all den Jahren weitergeführt und immer wieder auf den Prüfstand gestellt. Mein Vorgänger wollte es schon 2006 kappen, hat es dann schließlich nicht getan. Wir haben jetzt keine Möglichkeit mehr gesehen, das Halberg Open Air weiterzuführen, weil es eben einen nur marginalen programmlichen Effekt hat, gleichwohl es im Saarland einen hohen Symbolcharakter hat. Dessen sind wir uns bewusst. Nur beim Halberg Open Air sind wir noch selbst Veranstalter.

Wir machen ja sehr viel im Land. Wie das Verfassungsgericht gesagt hat: Wir sind nicht nur ein Medium, sondern auch ein Faktor. Wir sind ein wichtiger Faktor in der saarländischen Gesellschaft. Wir sind Kulturschaffende, sogar selbst Kulturtreibende und Kunstunterstützer. Wir sind in vielen gesellschaftlichen Ebenen zu Hause, wo wir auch Dinge vor Ort unterstützen, aber immer nur als Medienpartner. Wir sind Medien- und Kooperationspartner, aber nicht Veranstalter.

Spätestens seit Düsseldorf war das Halberg Open Air für uns ein großes Risiko, ein großes Sicherheitsrisiko. Es ist nicht unsere Aufgabe, Sicherheitskonzepte zu entwerfen. Meinen Kollegen aus den anderen Landesrundfunkanstalten, die uns über den Finanzausgleich unterstützen, war und ist das natürlich ein Dorn im Auge, dass wir uns hier etwas leisten, was wir uns eigentlich gar nicht leisten sollten, denn wir sind in erster Linie ein Medium. Seit Manchester ist das alles noch einmal sehr viel schwieriger geworden. Das brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

Kommunen oder Landkreise sind da in einer anderen Situation.

(Zuruf von der LINKEN. - Sprechen bei den Regierungsfractionen.)

Ja, sie sind in einer anderen Situation, weil sie als Veranstalter öfter Sicherheitskonzepte entwickeln, weil sie auch eine Personalstruktur haben mit Bauhöfen und so weiter, die anders ist als beim Saarländischen Rundfunk. Ich muss einen Redakteur an etwas dranstellen, woran sonst ein Arbeiter oder ein Angestellter aus dem Bauhof arbeiten kann. Wir haben eine andere Struktur, die von vorneherein teurer ist, als das sonst der Fall ist.

Dies alles hat dazu geführt, dass wir beim Halberg Open Air einen erheblichen Beitrag zum strukturellen Rückfahren der Ausgaben mit 350.000 Euro pro Jahr leisten. Das ist bis 2020 über 1 Million Euro und damit ein wichtiger, notwendiger Sparbeitrag, um das Auseinanderfallen von Aufwand und Ertrag, das ich eben erläutert habe, zu minimieren.

Wir haben aber nicht nur beim Halberg Open Air gespart, sondern auch in den Programmen. Sie kennen ja den 10-Punkte-Plan. Er ist veröffentlicht. Wir haben begonnen, in der Verwaltung zu sparen, in den Hörfunkprogrammen, im Sport und, weil Sie das auch noch einmal in besonderer Weise - warum auch immer - erwähnt haben, bei der Deutschen Radio Philharmonie.

Bei der Deutschen Radio Philharmonie müssen Sie wissen, dass es ein fusioniertes Rundfunksinfonieorchester ist, das in der Zwischenzeit sehr, sehr gut zusammengewachsen ist. Es ist Teil des Saarländischen Rundfunks und wurde in den zurückliegenden Jahren von zusätzlichen Einsparmaßnahmen verschont. Es war für uns, den inneren SR-Frieden, wichtig, dass auch die Deutsche Radio Philharmonie, die einen großen Kostenfaktor bei uns im Saarländischen Rundfunk darstellt, einen Beitrag leistet.

Die Deutsche Radio Philharmonie hat eine gewachsene Struktur. Sie ist viel günstiger als andere Orchester. Wir haben sehr gute Benchmarks. Sie können sich die Benchmarks überall ansehen. Über sr.de finden Sie in voller Transparenz alle unsere Zahlen, Daten, Fakten. Daraus machen wir auch kein Geheimnis, weil wir dem Beitragszahler gegenüber transparent sind. Das kann jeder mitverfolgen.

Es war gleichwohl wichtig, dass auch die Deutsche Radio Philharmonie einen Beitrag leistet. Den haben wir angesetzt. Wir haben dort eine Planung mit circa zwei Jahren im Voraus. Für 2018 ist der Sparbeitrag noch nicht dabei, aber für 2019 liegt er bei 100.000 Euro. Angesichts der Gesamt- und Personalausgaben mit round about 8 Millionen Euro und 1,5 Millionen Euro Sachkosten, über die der Orchestermanager gestalten und kreativ verfügen kann, ist ein Einsparbetrag von 100.000 Euro aus unserer Sicht ein nachvollziehbares und wichtiges SR-internes Symbol für den inneren Frieden.

Ich habe vor zwei Wochen die Angelegenheit mit dem Intendanten des Südwestrundfunks, Herrn Peter Boudgoust, erörtert, weil wir ja ein fusioniertes Orchester sind. Wir haben gestern mit dem Orchestermanager überlegt, wie wir die Einsparleistung 2019 erbringen. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass unser Publikum das nicht merken wird, weil es da große Möglichkeiten der Gestaltung des Orchestermanagers gibt. Ich will Ihnen nur ein Beispiel sagen. Wenn Sie eine Sinfonie mit einem britischen Chor aufführen, der eingeflogen werden muss, dann kostet das x Euro. Wenn Sie Beethovens Violinkonzert aufführen, haben Sie eine geringere Besetzung und dann kostet das nur y Euro. Also so ein Orchestermanager hat große Gestaltungsmöglichkeiten. Wir haben auch hier sehr mit Bedacht gehandelt. Das Orchester leistet einen Beitrag für unsere finanzielle Situation und gleichzeitig für den inneren Frieden des Saarländischen Rundfunks, sodass wir keine Schiefelage haben. Vielleicht dies als Entrée und als ersten Aufschlag zur Erläuterung dessen, was Sie als Beratungsgegenstand heute hier aufgeführt haben.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Kleist. Wir können gleich mit den Fragen anfangen.

Herr Prof. Kleist: Entschuldigung, wenn Sie erlauben, würde ich Ihnen gerne noch das vorliegende Papier erläutern, weil das eine wichtige Ausarbeitung ist und wir uns sehr viel Mühe damit gemacht haben (siehe Anlage). Die grüne Linie der Grafik auf Seite 1 ist der Verbraucherpreisindex von 2000 bis 2017 und hochgerechnet bis 2020. Die Verbraucherpreise sind um 33 Prozent gestiegen, während die Einnahmen des Saarländischen Rundfunks lediglich um 8 Prozent angestiegen sind. Auch da

muss man nicht BWL studiert haben, um zu verstehen, was das bedeutet. In der letzten Grafik sehen Sie, wie sich Aufwand und Ertrag beim Saarländischen Rundfunk auseinander entwickeln. Dabei ist zu berücksichtigen, im System insgesamt ist ausreichend viel Geld, deshalb sind wir sogar in der schizophrenen Situation, in der Gemeinschaft mit den anderen Landesrundfunkanstalten eine Beitragsrücklage bilden zu müssen, obwohl wir nicht genügend Geld zum Überleben haben. Die in der Grafik gezeichnete Beitragsrücklage, die dazu führen sollte, dass Aufwand und Ertrag abgemildert werden, hilft uns sogar 2019 bis 2020 ein bisschen, aber die zweite Beitragsrücklage für die Periode ab 2020 reicht nicht einmal in voller Höhe bis 2021. Vorausgesetzt, der Beitrag bliebe stabil über 2020 bis 2021 hinaus, was der eine oder andere Ministerpräsident nach wie vor fordert. Das ist vielleicht wichtig, wenn sich das Parlament über Beitragserhöhungen ab 2021 unterhält.

Vorsitzender: Vielen Dank für Ihre Erläuterungen, ich glaube, jedem ist klar geworden, um welche Schiefelage es innerhalb der einzelnen Rundfunkanstalten geht. Ich möchte mit einer kurzen Frage beginnen. Der SR bemüht sich, Alternativen zum Halberg Open Air zu finden, wie weit sind die Verhandlungen fortgeschritten? Können Sie uns vielleicht schon sagen, was 2018 angeboten werden kann?

Herr Prof. Kleist: Wie gesagt, wir haben eben nicht mit einer globalen Minderausgabe gearbeitet, sondern klug gespart, aber auch bei jeder einzelnen Position gesucht, wie es weitergehen kann, was man alternativ anbieten kann. Das darf ich deshalb sagen, weil das kein Eigenlob ist, sondern das hat mein Team im Saarländischen Rundfunk über alle Gewerke hinweg erarbeitet. An dem Tag, an dem wir den 10-Punkte-Plan vorgestellt haben, habe ich im Aktuellen Bericht vorgetragen, dass wir beim Halberg Open Air gerne mit Medienpartnern zusammenarbeiten würden. Es haben sich die Kommunen Merzig und St. Wendel sowie die Landeshauptstadt Saarbrücken gemeldet, das ist alles öffentlich. Wir haben mit allen gesprochen, aber insbesondere intensiv mit der Landeshauptstadt darüber gesprochen - das waren die ersten -, das Halberg Open Air sogar unter dem Namen Ferien-Open-Air im Rahmen des Altstadt-festes der Landeshauptstadt Saarbrücken weiterzuführen, weil dadurch natürlich Synergien entstehen. Sie müssen wissen, so eine Bühne kostet rund 40.000 Euro. Wenn sie schon mal irgendwo steht und man sie nutzen kann, ist das schon ein Vorteil und günstiger, als wenn man diese neu aufstellen muss wie wir morgen beim Halberg Open Air. Ich hoffe übrigens, den einen oder anderen von Ihnen dort zu sehen, auch wenn Sie nicht die Zielgruppe sind.

Wir haben nach Alternativen gesucht und mit der Landeshauptstadt gesprochen. Es hat sich sehr schnell herausgestellt, dass das ursprüngliche Konzept Sicherheitslücken aufwies. Die Oberbürgermeisterin hat mir daraufhin mitgeteilt, dass wir das so nicht machen können. In der Zwischenzeit hatten wir auch mit St. Wendel gesprochen. Es wurde uns ein sehr überzeugendes, in sich schlüssiges Konzept vorgelegt, das man auch eins zu eins umsetzen könnte. Ich habe bis zum nächsten Rundfunkrat am 19. Juni 2017 gewartet, um das Konzept dort vorzustellen. Zuvor hatte ich die Kolleginnen und Kollegen der Jugendverbände eingeladen, einschließlich der Organisationen der politischen Parteien und ihnen das erklärt, weil es dort logischerweise - für uns zu erwarten - auf Widerstand und Protest gestoßen ist. Wir wollten aber ein-

fach nachvollziehbar erklären, warum wir was gemacht haben. Zwei Tage vor der Rundfunkratssitzung teilte die Landeshauptstadt Saarbrücken mit, man könne sich auch ein anderes Konzept vorstellen. Dieses Konzept ist in der Mache und wird geprüft.

Wo es stattfinden wird, ist vollständig offen und wird davon abhängen, wer aus unserer Sicht das überzeugendste Konzept hat. Ich lege großen Wert darauf, das hier zu sagen, falls Kollegen von der Presse da sind, damit es nicht wieder falsch in der Zeitung steht. Wir sind dann aber nicht mehr Veranstalter, deswegen wollen wir uns nicht anmaßen, alles zu dominieren. Wir sagen, wir werden mit dem Medienpartner sein, der ein überzeugendes, in sich schlüssiges Konzept vorlegt, was dem nahe kommt, was wir beim Halberg Open Air als Essentials vorbereitet und vorausgesetzt hatten, nämlich dass es für die junge Zielgruppe ist, dass es kostenlos ist, möglichst alkohol- und drogenfrei und pädagogisch etwas begleitet wird, um also etwas wirklich Gutes für die ganz Jungen anzubieten. - Mit dem, der dieses Konzept hat. Die Gespräche mit der Landeshauptstadt sind ziemlich abgeschlossen, wir werden das intern analysieren. Ich werde das in der nächsten Sitzung des Rundfunkrates, wo auch alle Fraktionen des Hohen Hauses einschließlich der Landesregierung vertreten sind, erneut vortragen und abschließend eine Entscheidung treffen. Das ist der aktuelle Stand.

Vorsitzender: Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen? - Herr Thul.

Abg. Thul (SPD): Vielen Dank, lieber Thomas Kleist für den Bericht und die Einordnung in den Gesamtkontext, weil es sehr wichtig ist. Daran, dass wir im Landtag eine Anhörung haben, können die Kolleginnen und Kollegen des SR sehen, wie wichtig es der Politik ist und auch dass dieses Festival in der Tat eine große Symbolkraft hat. Wir sind nicht Veranstalter und der Landtag könnte sagen, wir haben damit nichts zu tun, dennoch sind wir an der kulturellen Vielfalt in unserem Land sehr interessiert und bemüht, wo wir können, Lösungen herbeizuführen. Wir tragen auch den Bemühungen Rechnung, die der SR bisher unternommen hat und zukünftig unternimmt, um sein Portfolio aufrechtzuerhalten, das vielfältig und sehr hochwertig ist. Es wurde im Bericht klar, dass Sparmaßnahmen in allen Bereichen durchgeführt werden.

Wenn der Finanzminister oder ein Kämmerer der Kommunen hier sitzen würde, dann hätten wir finanztechnisch ähnliche Grafiken zu sehen und ähnliche Fakten geschildert bekommen. Meine Frage ist, was daran spezifisch für das Saarland ist, weil eben angesprochen wurde, dass nur das Saarland in der Situation ist, dass 3 Millionen Euro Defizit ausgeglichen werden müssen und gleichzeitig gespart werden muss. Das ist an sich total paradox, in die Spardose einzuzahlen und gleichzeitig nicht genügend Geld zu haben. Das hat mit kaufmännischer Arbeit oder mit BWL-Grundverständnis überhaupt nichts zu tun. Ich weiß, dass Finanzausgleiche immer harte Verhandlungen sind, wir haben auf Landesebene in den letzten Jahren zu Genüge erlebt, wie sehr sie auch mit heißer Nadel gestrickt werden. Ich gehe davon aus, dass es in den Rundfunkanstalten nicht anders ist. Dahingehend ist vielleicht die Frage erlaubt, wenn damit zu rechnen ist, dass die Einnahmen künftig eventuell noch weniger werden, ob man den Finanzausgleich nachverhandeln müsste, ob es dafür

in anderen Rundfunkanstalten Partner gäbe und man Mehrheiten dafür organisieren könnte.

Zum Thema Medienpartner. Ich organisiere gerade ehrenamtlich ein großes Event, das am Wochenende stattfindet, bei dem der SR Medienpartner ist. Wir organisieren mit vier, fünf Personen ehrenamtlich den Christopher Street Day - ein Fest, zu dem immerhin rund 60.000 Menschen kommen - und wissen daher sehr genau, welche Auflagen es gibt und wie sehr die Kosten explodiert sind. Alleine der Kostenblock Sanitätsdienste hat sich im Vergleich zum letzten Jahr verfünffacht. Ich nehme an, dass es beim Halberg Open Air ähnliche Kostensteigerungen gegeben hat. Deshalb stelle ich mir die Frage, das geht etwas über den eigentlichen Tagesordnungspunkt hinaus, was wir eigentlich dafür tun, damit in unserem Land öffentliche kulturelle Veranstaltungen nach wie vor stattfinden können. Wenn jedes Jahr eine solche Kostenexplosion erfolgt, dann ist es nicht nur eventuell das Aus für das Halberg Open Air, sondern auch für kleine kulturschaffende Vereine, die Straßenfeste in kleinerem Maßstab organisieren. Das ist eine Frage, dem sich das Parlament in den kommenden Jahren widmen sollte, um eben die kulturelle Vielfalt zu erhalten.

Herr Prof. Kleist: Diese Entwicklung sehen wir auch mit Sorge. Im Saarland ist Gott sei Dank noch nichts passiert. Der Vorgänger von Frau Weber, Martin Karren, hat damals das Sicherheitskonzept entwickeln müssen - in diese Zeit fiel auch Duisburg. Der dazugehörige Ordner hatte am Anfang eine normale Größe und ist mittlerweile extrem dick. Das weiß jeder, der eine Veranstaltung organisiert. Wir haben als SR eine besondere Verantwortung. Ich als Intendant muss diese Verantwortung tragen und sage auch, ich bin nicht mehr bereit, diese Verantwortung zu übernehmen. Sie müssen sich das so vorstellen: Das wäre, als wären Sie Schulleiter und hätten nicht ausreichend Geld, um Ihre Stundendeputate mit Ihren Lehrpersonen zu erfüllen, würden sich aber währenddessen ein sehr ordentliches Schulfest leisten. Jetzt müssen Sie sparen, wo fangen Sie dann an? In einer ähnlichen Situation sind wir auch. Ich denke, wir haben das mit Bedacht gemacht. Durch die Formulierungen beim großen anderen Konkurrenzmedium im Saarland wurde es möglicherweise in der öffentlichen Wahrnehmung etwas hochgezogen. Dabei ist die Palette dessen, was der Saarländische Rundfunk an Events macht und fördert etwas aus den Augen verloren gegangen. Wir machen das, was wir können. Wir haben ein sehr großes Netzwerk in die Szene hinein. Man muss aber immer alles im Blick der Beitragszahler haben. Ich bin kein Unternehmer, sondern Treuhänder der Gelder, die mir die Beitragszahler übertragen - da gehören Sie auch alle dazu. Mit dem Geld muss ich sorgsam umgehen. Ich bin nicht in der Lage, meinen Auftrag beliebig zu formulieren, wie das ein Unternehmer kann. Der Auftrag ist von Ihnen, vom Souverän exakt formuliert, das müssen wir tun. Da steht drin, dass wir in erster Linie als Medium im Saarland wirken müssen.

Sie müssen einfach wissen, wenn ich das Halberg Open Air einfach weitergeführt hätte, dann hätte ich Geld aus unseren Medien, aus den Wellen, aus dem Fernsehen, aus dem Vorabendprogramm rausnehmen müssen. Geld rausnehmen heißt weniger Qualität, weniger Recherche. Ich bin gleichzeitig in der Situation, das bitte ich auch noch zu berücksichtigen, dass es nicht nur reicht, den Saarländischen

Rundfunk zu perpetuieren, fortzusetzen, sondern wir stehen im Zuge der Digitalisierung vor der größten Herausforderung, die es für Medien je gegeben hat angesichts der Konkurrenzsituation von Google, Facebook und wie sie alle heißen. Das sind unsere großen Konkurrenten, dagegen müssen wir anstinken. Gleichzeitig müssen wir den Saarländischen Rundfunk in ein modernes, kleines, fittes Unternehmen umbauen, das der Konkurrenz mit den großen Playern standhalten kann. Dieses Change-Management ist ein ganz schwieriger Prozess, der uns alle sehr viel Kraft kostet. In der Situation bin ich, ich kann also nicht einfach etwas wegnehmen oder etwas weiterführen, dann habe ich irgendwann ganz lange, alte Zöpfe, aber keiner will uns mehr. Gerade für die Jugend müssen wir uns verändern in der Nonlinearität, in der Crossmedialität, dafür tun wir auch ganz viel. Wir sind nach wie vor ein Unternehmen, das in der großen ARD mithalten kann. Dies zu den Medienpartnerschaften.

Ich komme zum Finanzausgleich. Ich habe nicht einfach mit dem Streichen begonnen, sondern habe im Vorfeld 20 bis 30 Gespräche in der gesamten Bundesrepublik geführt mit den zuständigen Leuten in der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, habe mit fast allen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gesprochen und natürlich in erster Linie mit unserer Ministerpräsidentin. Der Gesetzgeber ist aber jetzt nicht dran! Man muss einfach wissen, momentan ist nicht die Zeit, den Finanzausgleich neu zu verhandeln. Der wurde verhandelt, der wurde gut verhandelt, wir haben ein bestes Ergebnis erreicht, was uns übrigens niemand zugetraut hätte. Das hat funktioniert, auch mit dem Parlament, in der Speerspitze mit der Landesregierung haben wir das erreicht. Es wäre so, als würde die Ministerpräsidentin, nachdem sie den Finanzausgleich abgeschlossen hat, jetzt zum Seehofer gehen und sagen, ich brauche noch mehr Geld, weil das und das passiert ist. Es gibt Dinge, die man zu bestimmten Zeiten nicht machen kann. Es wäre auch unklug, weil man jetzt eine Klatsche bekäme. Deshalb muss man überlegen. Die nächsten Verhandlungen werden 2019 bis 2020 sein, dann werden wir uns wieder einbringen und Ideen entwickeln, wie wir das gemeinsam mit der Landesregierung und dem Parlament angehen. Wir brauchen Ihre Unterstützung, denn ohne das Parlament gibt es keine Veränderungen, das ist uns vollkommen klar. Trotz der Staatsferne sind wir nicht staatsfrei, sondern Sie als Souverän bestimmen unseren Auftrag und die Höhe unserer Finanzen. Aber alles zu seiner Zeit; es wäre jetzt unklug, mehr zu fordern. Natürlich könnte ich das machen, das wäre ein simples Spiel: „Der Intendant fordert von der Regierung sofort ...“ Das ist aber mit mir nicht zu machen, sondern bei mir wird die Kraft des Arguments zum Ergebnis führen. Das wird wieder 2020 sein, wenn die neuen Verhandlungen anstehen.

Noch ein Wort zu der demografischen Sondersituation im Saarland. Es ist in der Tat unerklärlich, warum es so ist. Wir können das auch nicht erklären, weil wir die Prognoseentscheidung nicht getroffen haben, das macht der Beitragsservice, früher die GEZ. Es hat einen Einwohnermeldeabgleich gegeben, die Daten sind dem Beitragsservice mitgeteilt worden, der für den SR einen bestimmten Betrag errechnet hat. Auf den konnten und mussten wir uns stützen, weil darauf alles ausgerechnet wurde. Parallel dazu wurden die Entwicklungen der Beiträge aus dem Saarland mitverfolgt. Irgendwann hat der SR festgestellt, dass die Zahlen auseinandergehen. Wir haben mit dem Beitragsservice gesprochen, der versichert hat, dass alles im grünen Be-

reich sei. Jetzt stellt sich heraus, dass eben nichts im grünen Bereich, sondern im roten Bereich ist, weil wir 3 Millionen Euro weniger in der Kasse haben aus dem Saarland. Daran kann übrigens der Beitragsservice auch nichts ändern, nur deren Prognoseentscheidung war falsch. Dafür kann ich sie jedoch nicht zur Verantwortung ziehen, ansonsten hätte ich das auch gemacht. Somit sind wir unerwartet und unverschuldet in diese Situation geraten. Es kann niemand etwas dafür, auch niemand hier am Tisch, es ist einfach so! Wir haben im Saarland übrigens auch eine relativ hohe Befreiungsquote.

Vorsitzender: Vielen Dank. - Frau Abgeordnete Spaniol hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Abg. Spaniol (DIE LINKE): Die LINKE ist Antragsteller des Tagesordnungspunktes, deswegen möchte ich schnell meine Fragen stellen, bevor ich zu einer Besuchergruppe muss. Erstmal vielen Dank, Herr Professor Kleist, dass Sie heute selber hier sind.

(Herr Prof. Kleist: Das versteht sich von selbst.)

Wir haben uns diesen Tagesordnungspunkt gewünscht, weil wir diese Fragen hatten und auch immer gut zusammengearbeitet haben. Sie haben einiges ausgeführt, ich kürze es ab, ich teile Ihre Einschätzung wirklich nicht voll umfänglich. Stichwort Halberg Open Air, Sie dürfen doch nicht ausblenden - ich meine nicht Sie als Person, sondern der SR -, dass dieses Open Air seit 36 Jahren ein absolutes Aushängeschild und wie ich finde ein Imagegewinn für den SR war, das auch intern Sendezeiten gefüllt hat. Es hat doch eine Rolle gespielt, es wurde auch immer stark beworben. Sie beklagen zu Recht die Situation, durch den Systemwechsel ist der SR besonders stark betroffen, weil von den Familienstrukturen her der ländliche Raum einfach anders strukturiert ist als ein urbanes Zentrum. Das ist aber gerade das Einfallstor, nochmal in Richtung Finanzausgleich zu gehen und zu sagen, wir haben diese besondere Situation. Dass wir das Paket nicht morgen aufgeschnürt bekommen, ist uns auch klar, aber das muss einfach das Ziel sein, gerade vor diesem Hintergrund.

Nochmal zum Halberg Open Air, uns fehlt ein bisschen das klare Konzept, welche Angebote wir jetzt für das junge Publikum anstatt dessen haben. Ich kenne natürlich schon die Strukturen, aber - -

(Herr Prof. Kleist: Das hoffe ich.)

Sie beklagen die Sicherheitsstandards, die haben wir ja überall. Dann könnten wir nirgendwo mehr im Land ein Open Air veranstalten. Ich finde es auch etwas zu kurz gesprungen, das auf die Kommunen zu schieben. Wie gesagt, das Open Air war ein absolutes Aushängeschild, wenn Sie jetzt Alternativkonzepte diskutieren, finden wir das auch in Ordnung, aber vielleicht hätte man das vorher ins Auge fassen müssen. Sie haben in Ihrem Schreiben auch die mediale Wirkung befürchtet, die auch zu Recht eingetreten ist von anderen Medien. Warum hat man sich nicht im Vorfeld schon um Alternativen bemüht? Erst wurde die Entscheidung verkündet, das Halberg

Open Air steht vor dem Aus, und dann wird gefragt, was machen wir jetzt? Das ist ein bisschen schade. Wie gesagt, wir finden, das war ein absoluter Imagegewinn für den SR, genauso wie die Konzerte der Deutschen Radio Philharmonie. Hier zu kürzen ist auch schmerzhaft. Kultur ist teuer, das ist klar, aber es ist immer die Frage, was wir wollen. Das fehlt mir jetzt, wenn wir das nur mit Blick auf die Ausgaben sehen, das finden wir an der Stelle etwas zu kurz gesprungen.

Vorsitzender: Ich denke, es wurde eben sehr ausführlich darauf geantwortet, auch die Zahlen sind genau dargestellt worden. Herr Kleist, wollen Sie dazu noch etwas sagen?

Herr Prof. Kleist: Ich möchte gerne klarstellen, Schulden machen ist relativ einfach, aber geschickt die Dinge so zu lenken, dass es am Ende funktioniert, das ist eine hohe Kunst. Es wäre übrigens keine Frage des Finanzausgleichs, die Ministerpräsidenten haben durchaus die Situation gesehen, weil man nie wusste, welche Konsequenzen das hat, wenn man von einem System ins andere umstellt. Wir haben eine kluge Formulierung gefunden und gesagt, das nennt man nicht Finanzausgleich, sondern Strukturausgleich. Dann gilt es zu diskutieren, dass man aufgrund der vorhandenen Struktur eine veränderte Einnahmesituation hat. Das benötigt aber eine sehr filigrane Vorbereitung, man kann nicht pauschal handeln, man muss sehr detailliert arbeiten. Wir sind hausintern derzeit dabei, das vorzubereiten. Ich will auch klarstellen, wir haben natürlich nicht einfach so eingespart - für wie dumm hält man uns eigentlich - und gesagt, dann streichen wir mal, wo eine hohe Symbolkraft ist. Wir haben über Jahre nach Partnern gesucht, es war nur keiner da, der es machen wollte.

Ich will in dem Zusammenhang auch sagen - da werde ich sehr leidenschaftlich -, nicht nur der Saarländische Rundfunk erhält Beiträge aus dem Beitragsaufkommen Saarland. Das ZDF, das jetzt einen wunderschönen Film gedreht hat - einen in 50, 60 Jahren - erhält jedes Jahr 23 Millionen Euro aus dem Beitragsaufkommen des Saarlandes. Deutschlandradio erhält rund 2 Millionen Euro. Die Landesmedienanstalt, die ja auch ihre Arbeit macht, das ist ja in Ordnung, erhält ebenfalls Geld daraus. Ich will damit sagen, es ist nicht nur der SR, der von den Beiträgen profitiert. Wir haben mit vielen geredet, wir haben uns sehr bemüht und uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Dazu gehört natürlich auch, dass man vorher nach Alternativen sucht und nicht so vorgeht, wie die Kollegin Spaniol das vorgetragen hat.

Vorsitzender: Der Kollege Zehner hat sich noch gemeldet.

Abg. Zehner (CDU): Herr Professor Kleist, vielen Dank für die Erläuterungen. Sie können sicher sein, dass Ihre persönliche Integrität und Ihr persönlicher Einsatz zu keinem Zeitpunkt infrage gestanden haben, fraktionsübergreifend, zumindest für die Regierungsfaktionen, sodass wir auf sachlicher Ebene diskutieren können. Was mich umtreibt, das sage ich ganz offen, einerseits als Saarbrücker Bürger, aber auch als jemanden, der sieht, dass der Saarländische Rundfunk in der Landeshauptstadt beheimatet ist, ist die Tatsache, dass der SR eine Medienpartnerschaft für die einzig richtige Maßnahme hält, damit überhaupt etwas stattfindet. Denn die Alternative ist

immer, nichts zu tun. Deshalb erwarte ich eigentlich ein Konzept von der Landeshauptstadt Saarbrücken. Ich muss ehrlicherweise sagen, ich habe es an anderer Stelle noch nicht gesehen, das wundert mich. Ich hoffe, wir werden uns alle gemeinsam so aufstellen können, dass wir den Saarländischen Rundfunk weiterhin mit dem Schülerferienfest oder wie auch immer man das nennen möchte, in der Landeshauptstadt behalten können.

Ein weiteres Thema ist die Deutsche Radio Philharmonie. Sie haben die Einsparungen angesprochen. Wir dürfen mittelfristig nicht die Großwerke aus den Augen verlieren, so wichtig bestimmte Werke sind und so wichtig zum Beispiel die Pflege von Violinkonzerten ist. Das heißt, ein Konzertmanager muss an der Stelle sehr klug disponieren. Das ist eine Bitte von uns, die ich Ihnen auf den Weg geben möchte, dies nicht aus den Augen zu verlieren. Gerade vor dem Hintergrund der Digitalisierung, Sie haben es angesprochen, sind wir für die Herausforderungen, vor denen wir stehen, qualitativ hervorragend aufgestellt. Das muss man sagen, wir reden nicht über ein C-Orchester, sondern über ein A-Orchester. Wir müssen die Digitalisierung vernünftig betreiben, da diese gerade bei den jungen Leuten eine wichtige Rolle spielt. Wir werden uns in der Politik darüber einigen müssen, wie es möglich sein wird, diese Digitalisierung auch zugunsten der Öffentlich-Rechtlichen so zu gestalten, dass diese dort dauerhaft einen stabilen Platz haben.

Herr Prof. Kleist: Herr Zehner, ich biete Ihnen sehr gerne an, Ihnen in einem Zweiergespräch im Detail die filigranen Wechselbeziehungen zu erläutern und wie man so etwas machen kann. Wir werden trotzdem die großen Werke spielen und gleichzeitig die Sparleistungen bringen. Sie werden staunen, das kennen Sie alle aus der eigenen Arbeit in der Landesregierung, man kann eine Zitrone zwar nur einmal ausdrücken, aber wenn man ganz fest drückt, kommt immer noch etwas. In der Situation sind wir auch, wir sind sozusagen in einer Schicksalsgemeinschaft mit dem Land. Es geht also immer noch etwas, ohne dass das Publikum etwas merkt, auf dem Weg sind wir. Mir ist es ein großes Anliegen gerade in Bezug auf das Orchester, Ihnen zu erklären, wie filigran das ist, aber auch wie wir das meistern werden, weil es auch in der Öffentlichkeit unterschiedliche Bewertungen gibt.

Nochmal zum Halberg Open Air, uns ist diese Entscheidung nicht leicht gefallen. Vielleicht ist das nicht so deutlich geworden, weil die Entscheidung schon einige Zeit zurückliegt. Andererseits bitte ich aber auch darum, es nicht zu überhöhen. Man kann nicht so tun, als wäre es das einzige, was wir für junge Leute machen und was an jungem Angebot im Saarland vorhanden ist, zumal es ein Alternativangebot geben wird. Wir haben zur gleichen Zeit in dem neuen Angebot „funk“ für die ganz jungen Menschen ein spezielles Internetangebot aufgelegt, das in Mainz produziert wird und bei dem wir ein Teil der großen ARD sind. In „funk“ haben wir die eigene Sparte „offen un‘ ehrlich“, die wir auf dem Halberg machen. Wir haben jetzt ein You-Tube-Angebot unterbreitet mit 3,3 Millionen Klicks, was einfach ein anderes Format ist. Ich will das Open Air nicht verniedlichen, uns ist seine Wichtigkeit bewusst, ich will es aber auch nicht so überhöhen. Ich habe manchmal den Eindruck, hier wurde auch eine große Öffentlichkeit herbeigeschrieben, die so nicht vorhanden ist. Ich hoffe, ich konnte diese Ambivalenz deutlich machen.

Vorsitzender: Der nächste Redner ist Herr Renner.

Abg. Renner (SPD): Herr Kleist, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich möchte an Ihre letzten Sätze andocken. Es gibt natürlich ein Informationsbedürfnis, der SR ist Kulturträger, und so sollten wir das heute auch verstehen. Wir lassen uns über den Stand der Dinge informieren, aber ehrlich gesagt, sind wir im Ausschuss auch nicht dazu da, die Arbeit des Saarländischen Rundfunks zu machen. Die Geschäftsführung, der Intendant haben sich vor ihren Gremien zu rechtfertigen. Alles andere sollten wir heute zurückstellen. Auch vor dem Hintergrund, dass wir alle mehr oder weniger in der Situation sind, ähnliche Entscheidungen treffen zu müssen. Ich will den Kollegen Zehner darauf hinweisen, wenn er von der Landeshauptstadt die Vorlage eines Konzeptes erwartet, dass die Landeshauptstadt ihrerseits auch zu kämpfen hat. Ich erinnere nur an die Kunst im öffentlichen Raum, die im Rahmen der Haushaltsgenehmigung durch das Innenministerium rausgefallen ist. Es ist alles nicht so einfach und auch wir treffen Entscheidungen. Wenn ich mir die letzten Jahre anschau, erinnere ich mich beispielweise an das Saarländische Staatstheater mit den Tarifsteigerungen. Wir stellen uns heute nicht an die Stelle der Gremien des Saarländischen Rundfunks, sondern bleiben auf der Ebene des Informationsaustausches.

Im Übrigen teile ich Ihre Einschätzung, dass man das Halberg Open Air nicht überhöhen sollte. Ich wollte noch wissen, ob Sie eine Übersicht haben, wie sich die Besucherzahlen in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Wenn ich es in der Presseberichterstattung richtig verstanden habe, wird ein Nachfolgeformat gesucht, für das sich Städte und Gemeinden beim SR bewerben können. Es geht also darum, dass der SR seine Bereitschaft bekundet, Medienpartner für ein Nachfolgeformat zu sein, aber ansonsten „raus ist“? Der SR entscheidet nicht, welche Stadt was macht, sondern entscheidet alleine über seine Medienpartnerschaft? Das würde bedeuten, dass das Halberg Open Air als Event bereits gestorben ist. Das wird es als solches ja nicht mehr geben, vielleicht wird es etwas anderes geben, das der SR per Medienpartnerschaft unterstützt.

Herr Prof. Kleist: Auf den Punkt gebracht, stimmt das, so würde ich es aber ungerne formulieren, weil es dann andere Begehrlichkeiten weckt. In der Analyse ist es schon richtig, wir haben nicht darüber zu entscheiden, was die Landeshauptstadt oder die Stadt St. Wendel machen, das muss intern politisch geklärt werden. Wir haben gesehen, dass das Interesse groß ist. Das Konzept, das St. Wendel vorgelegt hat, ist in sich schlüssig. Wir sind etwas ungewollt in diese Situation gekommen und wollen darauf achten, dass die genannten Parameter - alkohol- und drogenfrei, Sicherheit und andere Anforderungen - erfüllt werden. Die Stimmung um das Halberg Open Air ist plötzlich hochgekocht, wenn beim NDR etwas dicht oder neu gemacht wird, wären solche Diskussionen unvorstellbar. Das ist aber nun mal so, die Situation ist da, sie ist in der Öffentlichkeit, und jetzt müssen wir professionell damit umgehen. Würden wir es mit Saarbrücken machen, dann würden wir mit St. Wendel vielleicht etwas anderes machen, aber auch umgekehrt, würden wir es mit St. Wendel machen, würden wir mit Saarbrücken möglicherweise ein anderes Projekt machen. Das ist vice versa so, weil der SR dann Medienpartner ist. Wir sorgen dann für die Künstler, die wir zu

einem Preis wie kein anderer bekommen - das darf ich hier sagen, ja nicht weiterzählen -, weil wir denen parallel beispielsweise anbieten können, in den Sender zu kommen und bei SR 3 für die älteren und bei Unser Ding für die jüngeren Hörer etwas zu machen. Das können wir dann über Sponsoring refinanzieren, sodass ich unterm Strich eine Nullsumme habe. Und trotzdem können wir dazu beitragen, dass etwas Großes aus dem Kleinen entsteht. Das ist unser Konzept. Wir sind nur in diese Schiedsrichterrolle geraten, die uns eher unangenehm ist, weil wir natürlich spüren, was sich um uns herum abspielt.

Zu den Besucherzahlen. Als ich Intendant wurde, habe ich mal gelesen, es wären 100.000 Besucher gewesen. Ich hatte den Verdacht, dass das der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Die Zahlen sind eher etwas rückläufig, aber wir hatten 2016 über den Tag verteilt zwischen 10.000 und 11.000 Besucher. Ich kenne die genauen Zahlen nicht.

Vorsitzender: Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich darf daran erinnern, dass wir in einer Anhörung sind. Der Intendant hat die Dinge sehr ausführlich dargestellt. Es ist einfach eine Faktenlage, die im Gremium des SR besprochen und entschieden wurde. Es ist nicht unsere Aufgabe, Rückfragen zu stellen über Sachen, die an anderer Stelle entschieden und zudem heute sehr ausführlich dargestellt wurden. - Herr Dörr, Sie haben das Wort.

Abg. Dörr (AfD): Über den Stellenwert des Halberg Open Airs ist hier einiges gesagt worden, man kann sich dem im Wesentlichen auch anschließen. Was das Finanzielle betrifft, gibt es diesen Beitragsservice, früher die GEZ. Ich hätte gemeint, dass es so geregelt ist, dass die einzelnen Sendeanstalten ein auskömmliches Einkommen haben. Nach dem, was wir jetzt vom Intendanten gehört haben, ist es für den Saarländischen Rundfunk nicht der Fall, weil man sich verschätzt hat, das ist eine missliche Situation.

In der verteilten Grafik stehen die Einnahmen und Ausgaben, es wäre interessant, die genauen Ausgaben zu kennen. Natürlich können wir in diesem Ausschuss nicht den SR leiten, das wird intern gemacht, aber wenn wir schon das Angebot erhalten, informiert zu werden, dann hätte ich gerne einen groben Überblick über die Ausgaben. Es würde mich auch interessieren, wie das im Bundesvergleich aussieht. Wenn man die Hand aufhält, muss man in der Regel eine Gegenleistung bieten. Mir ist vor kurzem die Information zugegangen, dass der Saarländische Rundfunk für seine Spitzenleute ein neues Pensionierungssystem geschaffen hat, das auch nicht gering zubezugen schlägt. Wenn Sie dazu etwas sagen könnten.

Vorsitzender: Vielleicht ganz kurz. Wir haben jetzt viele Wiederholungen gehört. Eigentlich ist das eine Sache, die man als schriftliche Anfrage einholen könnte.

Abg. Thul (SPD): Das steht auch im Jahresbericht.

Abg. Dörr (AfD): Ich habe jetzt diese Frage hier gestellt (akustisch unverständlich...). Wenn Herr Kleist bereit ist, diese Frage zu beantworten, dann müssen Sie das jetzt nicht abschneiden!

Vorsitzender: Ich habe es nicht abgeschnitten - -

(Sprechen.)

Abg. Dörr (AfD): Sie wollten! Bitte nicht mehr!

Herr Prof. Kleist: Ich bin Ihnen für die letzte Frage dankbar, weil ich etwas klarstellen kann. Ich habe die Neulinge im Parlament alle zum SR eingeladen, Sie werden auch dabei sein, Herr Dörr. Sie sind auch im Rundfunkrat, der Wirtschaftsplan wird zudem auf sr.de transparent veröffentlicht. Das würde jetzt sicherlich zu weit führen, alles auszuführen, weil ich zwei, drei Stunden ausholen müsste, das wäre schwierig. Lassen Sie mich auf Ihre letzte Frage eingehen, wir beziehen uns wahrscheinlich auf dieselbe Quelle. Der SR hat überlegt, eine Gegendarstellung zu machen, wir haben es aber deshalb nicht gemacht, um das Pamphlet nicht aufzuwerten. Der Saarländische Rundfunk, das kann ich Ihnen versichern, das können Sie auch im KEF-Bericht nachlesen, hat eine vorbildliche Altersversorgung. So eine Altersversorgung wie bei uns, wie sie die Politik seit Jahren fordert, gibt es in keiner anderen Rundfunkanstalt. Es ist ganz einfach, es gibt kein neues System, das ist eine Falschmeldung. Wir sind bei der ZVK, wie alle Menschen im öffentlichen Dienst, was eine lange Forderung der Politik war. Wir sind die einzigen, die in der ZVK sind. Das, was in der Meldung gestanden hat, ist Lug und Trug. Die Tatsache, dass unsere Rückstellungen höher geworden sind - das ist richtig -, ist Bilanztechnik, ist Versicherungsmathematik. Das hängt damit zusammen, dass mein Vorgänger im Jahr 2011 verstorben ist, was zu einer totalen Veränderung geführt hat, und dass die neuen Kollegen, wie Martin Karren vorher und Lutz Semmelrogge im Jahr 2011, erst am Ende und nicht am Anfang des Jahres dazu kamen. Das ist aber eine reine bilanztechnische Sache. Wir haben die vorbildlichste Altersversorgung. Ich kann Ihnen sagen, auch der Intendant des Saarländischen Rundfunks verdient ordentlich Geld, aber ich sage immer, auch zu meinen Gewerkschaften, wir bleiben im Geleitzug der ARD, aber auch ein Geleitzug hat einen letzten Wagen, und ich sitze im letzten Wagen.

Vorsitzender: Dann kommt Frau Schramm. Ich würde vorschlagen, anschließend zu dem Bericht der Landesregierung zu dieser Thematik zu kommen.

Abg. Schramm (DIE LINKE): Ich möchte gerne klarstellen, wir haben den Antrag gestellt und selbstverständlich gibt es zu einer Anhörung auch Fragen, diese gehören zu der Anhörung dazu.

Abg. Meyer (CDU): Zu der Tagesordnung, ja.

Abg. Schramm (DIE LINKE): Herr Dörr ist mir zuvorgekommen, ich habe noch eine Frage zu den Pensionsrückstellungen. Uns ist mitgeteilt worden, dass sie erhöht worden sind, im Jahr 2011 um 0,3 Millionen Euro.

Abg. Thul (SPD): Das ist gar nicht von dem Tagesordnungspunkt abgedeckt!

Vorsitzender: Die Tagesordnung der Sitzung - -

Abg. Schramm (DIE LINKE): Dann will ich aber schon darum bitten - - Es geht hier um das Halberg Open Air, meine nächste Frage wäre gewesen - - Wir haben ziemlich kurzfristig vom Ende des Open Air erfahren, haben die Presseerklärung gelesen, im Mai hieß es, das Halberg Open Air wird beerdigt. Ein paar Wochen später hören wir, es gibt doch Hoffnung für das Open Air. Jetzt ist es seit letzter Woche wohl so, dass das Halberg Open Air tatsächlich beerdigt worden ist. Das bedeutet, das haben Sie eben selbst gesagt, 10.000 bis 12.000 junge Leute, die zum Halberg gekommen sind. Sie haben zwar einige Alternativen genannt, aber alles mehr oder weniger über das Internet, wo Sie junge Leute ansprechen. Was tun Sie denn dafür, dass der Halberg nochmal an die jungen Menschen rankommt? Nur übers Internet kann ich es mir nicht vorstellen. Dieses Festival war für unsere jungen Leute die einzige Möglichkeit gewesen, das sollten wir nicht vergessen, kostenlos ein solches Open Air erleben zu können. Meine Kollegin hat es eben schon gesagt, das Open Air hatte auch für den Halberg gewisse positive Auswirkungen. Es ist für mich nicht nachvollziehbar und auch gar nicht erklärbar. Sie haben das Sicherheitskonzept angesprochen, aber das Sicherheitskonzept ist eine Frage, die bei allen kleinen Festivalveranstaltungen große Probleme macht, aber selbst die kleinen Anbieter kriegen das geregelt.

Herr Prof. Kleist: Wir ja auch.

Abg. Schramm (DIE LINKE): Wenn das der Grund gewesen wäre: Sind überhaupt Gespräche geführt worden, ob man bestimmte Sachen hätte auslagern können oder ob man von anderer Seite Unterstützung hätte erhalten können, oder hat man gesagt, es ist uns jetzt egal, wir haben uns zwar darüber Gedanken gemacht, aber es ist das Einfachste, wir lassen das Halberg Open Air wegfallen? Sehr viele junge Leute schreiben uns an und sagen, es kann eigentlich gar nicht sein, dass mit diesem Festival Schluss ist, das für uns alle kostenlos und mitten in der Stadt ist. Sie haben eben dargestellt, dass eventuell St. Wendel - - So lieb und schön St. Wendel auch ist, es wird natürlich schwierig sein, alle Leute dahin zu bringen, es kostet zusätzliches Geld, wir wissen ja, wie es bei der Jugend aussieht. Daher meine Frage. Sind überhaupt Erwägungen gemacht worden, außer dem, was Sie eben gesagt haben, wie man das Open Air retten könnte? Das ist mir hier heute zu kurz gekommen.

Vorsitzender: Ich bin schon froh, dass sich die Frage wieder auf die Tagesordnung bezogen hat, weil alles andere in dem Moment wirklich nicht hierhergehört. Vielleicht könnten Sie zu den Konzepten ergänzend etwas sagen, die anscheinend in Arbeit sind beziehungsweise teilweise vorliegen.

Herr Prof. Kleist: Ich war schon der Meinung, ich hätte dezidiert geschildert, dass wir nicht einfach dicht gemacht haben. Entschuldigung, aber dann hätten Sie zuhören müssen. Wir befassen uns seit zehn Jahren mit der Frage, ob wir das Open Air wei-

terführen können. Ich bin selbst den Schritt gegangen, den ich für mich als mutigen Schritt bezeichnet habe, weil es auch mir nicht einfach gefallen ist. Ich denke aber, dass ich das im Detail erläutert habe. Ich möchte nur noch eins sagen, die LINKEN sind doch auch im Rundfunkrat vertreten; ich habe allen Rundfunkratsmitgliedern umfassend eine Liste geschickt, was wir noch alles für die Jugend machen. Ich kann das gerne hier im Detail ausführen, aber auch das würde einige Zeit in Anspruch nehmen. Lassen Sie sich von Ihren Kollegen die Unterlagen geben, was wir alles für die Jugend machen, von „Unser Ding“ über „Musik für junge Ohren“ in der Klassik könnte ich eine ganze Palette aufzählen. Wir machen das schon sehr ausführlich und haben auch Gremien, die strengstens darauf achten, was wir machen. Im Übrigen habe ich im Rundfunkrat fast eineinhalb Jahre lang über unsere Situation berichtet, es gab aber keine Nachfrage von der LINKEN, was tun Sie denn jetzt? Ich habe immer darauf hingewiesen, wir müssen jetzt ein Sparkonzept auflegen. Das können Sie in allen Rundfunkratsprotokollen nachlesen. Sorry.

Vorsitzender: Ich denke, damit ist alles gesagt, das müssen wir nicht zum vierten oder fünften Mal wiederholen. Vielen Dank Herr Kleist für Ihr Kommen heute Morgen und für Ihre Ausführungen.

Zu Punkt 1.2. der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zu der Thematik
- Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion

Regierungsbeschäftigter Ellwanger berichtet wie folgt: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! In Anbetracht der bereits erfolgten recht umfangreichen Diskussion will ich mich auf die Aspekte beschränken, die für die Landesregierung in diesem Kontext von besonderer Relevanz sind. Ich erlaube mir, vorher einige grundsätzliche Feststellungen zur Thematik zu treffen.

Wie das Bundesverfassungsgericht mittlerweile in jahrzehntelanger und gefestigter Rechtsprechung betont hat, ist die Notwendigkeit und Bedeutung der Staatsferne ein wesentlicher Aspekt in dem Zusammenhang. In jüngster Vergangenheit sei dabei auch auf das ZDF-Urteil aus dem Jahr 2014 verwiesen. Die dort beschriebene und geforderte Staatsferne sowie die Programmfreiheit und die eigenständige Selbstverwaltung des Saarländischen Rundfunks sind für die Staatskanzlei des Saarlandes grundlegende rundfunkpolitische Maximen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Art und Weise, wie der SR seinen Programmauftrag wahrnimmt. Die Aufsicht der Landesregierung über den Saarländischen Rundfunk ist dabei auf eine reine Rechtsaufsicht beschränkt. Wichtige Maßstäbe im Zusammenhang mit dem Gebot der Rechtmäßigkeit des Handelns des SR sind die Programmvorgaben sowie die Vorgaben zu Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Aus den genannten Aspekten gibt es auch im Bereich des Rundfunks keine Fachaufsicht, die möglicherweise auch Fragen nach der Zweckmäßigkeit einer Maßnahme stellen kann.

Mit der Selbstverwaltung des Saarländischen Rundfunks geht es einher, dass zum Beispiel die genannten Sparmaßnahmen nicht vorher mit der Staatskanzlei oder einer anderen Behörde abgestimmt werden müssen. So blieb es der Eigenverantwortung des Saarländischen Rundfunks überlassen, beim Vollzug seines Programmauftrages eigenständige Schwerpunkte zu setzen, sei es im Hinblick auf das Programm oder auf kulturelle Schwerpunkte.

Zum eigenen Sachverhalt sei gesagt, dass der Intendant des Saarländischen Rundfunks in den letzten Monaten unter anderem in der Sitzung des Verwaltungsrats abstrakt darauf hingewiesen hat, dass die Entwicklung bei den Einnahmen aus den Rundfunkbeiträgen anders als bis dato prognostiziert für den SR nicht so gut sei wie erwartet. Weitere Einzelheiten über die Gründe hierfür wurden von Professor Kleist bereits ausgeführt im Hinblick auf die Altersstruktur, die demografische Entwicklung oder die Beitragsbefreiung. Folge dieser Entwicklung war das nunmehr vorgelegte Sparprogramm, das in Eigenverantwortung des Saarländischen Rundfunks erarbeitet wurde. Die Staatskanzlei unterstützt den SR bei den Bemühungen, seinen Programmauftrag bestmöglich zu erfüllen und dabei den Vorgaben von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu genügen. Im Hinblick auf das skizzierte Gebot des SR enthält sich die Staatskanzlei des Saarlandes hierzu einer Bewertung. Wir begrüßen jedoch die bereits erwähnten konstruktiven Gespräche zwischen dem Intendanten und den saarländischen Jugendverbänden sowie die laufenden Gespräche des Saarländischen Rundfunks mit den Kommunen, die gerne in Kooperation mit dem SR ähnliche Konzerte zu Beginn der Sommerferien auf den Weg bringen möchten.

Professor Kleist hat bereits den Strukturausgleich angesprochen. Hierzu sei gesagt, die Staatskanzlei wird in Abstimmung mit dem Saarländischen Rundfunk die Einnahmeverchiebungen im Auge behalten, die bereits im Zusammenhang mit der Umstellung des Rundfunkbeitrages und den Prognosen des Beitragsservices skizziert wurden. Sollte sich der aufgezeigte Eindruck jedoch verfestigen, dass die Umstellung auf den Rundfunkbeitrag zu dauerhaft erheblichen Einnahmeverchiebungen zwischen den Anstalten geführt hat, würden die Staatskanzlei und der SR dieses Thema im Länderkreis und auch anstaltsübergreifend aufgreifen.

Zum Abschluss erlaube ich mir, einen kurzen Ausblick auf das weitere Verfahren im medienpolitischen Kontext zu geben, das bezogen auf die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten bereits skizziert wurde. Die Kommission geht davon aus, dass trotz der Sparanstrengungen der Sender die Kosten von ARD, ZDF und Deutschlandradio in den kommenden Jahren ansteigen werden. Gleichzeitig stagnieren die Erträge wie aufgezeigt und gehen im Vergleich zu der bisherigen Planung sogar zurück. Hinzu kommen die wegfallenden Mehrerträge aus der Beitragsumstellung im Jahr 2013, die wie bereits aufgezeigt in eine Rücklage geflossen sind, die bis Ende des Jahres 2020 aufgebraucht sein wird. Laut der Prognose der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs würde somit für die nächste Beitragsperiode für die Jahre 2021 bis 2024 ein ungedeckter Finanzbedarf entstehen. Hierbei stehen zwei Alternativen zur Verfügung, indem die Länder den Rundfunkbeitrag entsprechend erhöhen oder indem ZDF, ARD und Deutschlandradio ihre Ausgaben erneut stärker reduzieren.

Ob ein Anstieg des Rundfunkbeitrags tatsächlich nötig sein wird, lässt sich erst sagen, wenn die Erträge der laufenden Beitragsperiode feststehen und die Anstalten gegenüber der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs im Jahr 2019 ihren Bedarf für die nächste Beitragsperiode angeben. Auf Basis dieser Bedarfseinschätzungsprärogative der Anstalten wird die KEF im Frühjahr 2020 dann gegenüber den Länderparlamenten ihre Empfehlung für die künftige Beitragshöhe abgeben. Hierbei sei gesagt, dass es zum jetzigen Zeitpunkt keine Tendenz der Landesregierung hinsichtlich der Positionierung in Bezug auf die kommende Beitragsperiode gibt. Es gilt insbesondere zu bedenken, dass dies in Anbetracht noch nicht vorliegender valider Zahlen abzuwarten ist. Zum anderen ist die Frage einer möglichen Anpassung des Rundfunkbeitrags im Gesamtzusammenhang mit der anstehenden Stellungnahme der Anstalten zu beabsichtigten Reformprozessen zu sehen, welche die Anstalten den Ländern im Herbst 2017 vorstellen oder thematisieren werden. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

In der anschließenden Diskussion fragt Abg. Schramm (DIE LINKE) nach, ob sich die Landesregierung bei Bedarf für die Neugestaltung des ARD-Finanzausgleiches einsetzen werde.

Regierungsbeschäftigter Ellwanger stellt klar, die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten hätten im Vorfeld der Beitragsumstellung in Abstimmung mit den Anstalten festgelegt, dass diese grundlegende Umstellung des Finanzierungsmodells später evaluiert und austariert werden müsse. Es sei bedacht worden, dass es anstaltsspezifisch zu unterschiedlichen Einnahmeentwicklungen führen könne. Dies sei jedoch vom internen ARD-Finanzausgleich zu trennen.

Auf die weitere Nachfrage der Abgeordneten Schramm (DIE LINKE), ob sich die Landesregierung für einen Finanzausgleich einsetzen werde, betont Regierungsbeschäftigter Ellwanger, dass die Anhebung des Finanzausgleiches im Sinne der kleinen Anstalten ein sehr schwieriger, langwieriger und langjähriger Prozess gewesen sei, den die Landesregierung konstruktiv begleitet und wofür sich die Ministerpräsidentin erheblich eingesetzt habe. Es sei zu bezweifeln, dass eine Neugestaltung des Finanzausgleiches im Sinne der kleinen Anstalten sei, gerade zum jetzigen Zeitpunkt, wo grundlegende Strukturreformen in der gesamten ARD angeschoben worden seien.

Zu Punkt 2.1. der Tagesordnung:

Anhörung der Festivalleitung und der Stiftung für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit zum Programm des neuen Kulturfestivals „Colors of Pop“
- Ausschussbeschluss vom 08.06.2017